



Philologen-Verband:

SPD-Bildungspolitik: konfus, widersprüchlich, lernresistent!

Die SPD-Spitzenkandidatin Hannelore Kraft hat wiederholt die Bildungspolitik zum zentralen Thema des Landtagswahlkampfes erklärt. Dabei setzt sie aber ausdrücklich auf die Vergesslichkeit der Menschen in Nordrhein-Westfalen. So behauptet sie in einem Beitrag der Ruhr Nachrichten vom 26.02.2010, dass die Schulzeitverkürzung an Gymnasien, die von der rot-grünen Vorgängerregierung beschlossen wurde, nur in Verbindung mit Ganztagschulen geplant gewesen sei. Das ist, so der nordrhein-westfälische Philologen-Verband, schlicht unwahr!

Mit der Kürzung der gymnasialen Oberstufe auf zwei Jahre hätte nach Meinung von Frau Kraft die Anhebung der Stundentafel für Schülerinnen und Schüler entspannter aufgefangen werden können. Auch das trifft wegen der grundsätzlichen Erhöhung der Gesamtstundenzahl nicht zu. Vielmehr hätte eine Beschneidung der dreijährigen gymnasialen Oberstufe zu einem Kollaps des gymnasialen Bildungsgangs geführt. Bezeichnend war ja, dass der Stundenumfang bis zum Ende der 10. Klasse an allen weiterführenden Schulformen gleich festgelegt sein sollte, obgleich nur das Gymnasium die Schulzeitverkürzung schultern musste.

„Es ist schon recht aufschlussreich, wie deutlich sich die SPD von dem entfernt, was sie in 39 Jahren Regierungsverantwortung in Nordrhein-Westfalen mit auf den Weg gebracht hat. Erschreckend aber ist, dass jetzt in einem schulpolitisch recht populistisch und plakativ geführten Landtagswahlkampf Behauptungen vorgetragen werden, die einfach unzutreffend sind. Zu begrüßen ist, dass Frau Kraft keinen Zweifel daran lässt, dass die Grundschulempfehlungen künftig entfallen werden und eine Gemeinschaftsschule bis zur 10. Klasse sämtliche anderen Schulformen ersetzen wird. Bereits in den nächsten fünf Jahren sollen sämtliche Klassengrößen auf maximal 25 Schülerinnen und Schüler abgesenkt werden.

>>

Während die schwarz-gelbe Landesregierung in den letzten Jahren die Lehrerzahl um mehr als 8000 gesteigert hat, macht die SPD keine Aussage darüber, wie viel Neueinstellungen in Zukunft vorgenommen werden sollen, damit sich die Unterrichtsbedingungen deutlich verbessern. Für diese zu Ende gehende Legislaturperiode hatte die SPD jedenfalls noch den Abbau von 16.000 Lehrerstellen geplant“, so Peter Silbernagel, Vorsitzender des Philologen-Verbandes.

Die SPD setzt im Landtagswahlkampf auf ein Angst-Szenario. Man schildert Einzelfälle, in denen Eltern von sich aus ihr Kind im Rahmen der Sprachförderung unterstützen, spricht von unzumutbarem Leistungsdruck bis hin dazu, dass man – völlig sachunangemessen – die Zahl von Schülerselbstmorden in Zusammenhang mit der Schulstruktur bringt. Dieses Bildungskonzept setzt auf Verunsicherung, Unkenntnis über die wahren Ziele und ist letztlich mit vielen Widersprüchen behaftet. Im Endeffekt aber sollen die Eltern ihre Wahlfreiheit ebenso wie die Schülerinnen und Schüler bei der Schulformentscheidung aufgeben und eine Einheitsschule für alle strukturell eingeführt werden.

„Mit dem Anspruch, mehr Bildungsgerechtigkeit zu erreichen, hat dieses Bildungskonzept nichts mehr gemein“, so Peter Silbernagel.

Düsseldorf, 26.02.2010
gez. Klaus Schwung